

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **97 (2003)**

Heft 6

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Medienmitteilung zur Übergabe der Petition der Interessengemeinschaft Sozialer Finanzausgleich (IG SFA) an die Vereinigte Bundesversammlung

178'000 Unterschriften gegen die Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA

Die Interessengemeinschaft Sozialer Finanzausgleich, in welcher alle namhaften Organisationen der Behindertenfachhilfe und –selbsthilfe zusammengeschlossen sind, hat in nur gerade 10 Wochen 178'000 Unterschriften für die Petition **«Keine Experimente auf Kosten behinderter Menschen»** gesammelt. Sie hat damit auf eindruckliche Weise bewiesen, dass sie für den Widerstand gegen die jetzige Vorlage NFA gerüstet ist. Die 178'000 Petitionäre fordern, dass die Invalidenversicherung und die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA zu streichen sind.

Mehr als 175'000 Menschen fordern vom Parlament, dass die Diskussion zur Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) endlich auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf den Sozialstaat Schweiz geführt wird. Das Grossprojekt NFA ist ein einseitig ausgerichtetes Finanzpaket, welches für Zehntausende von behinderten Menschen nachteilige Konsequenzen haben wird. Die für den Sozialbereich vorgesehenen Massnahmen sind ungerecht, fragwürdig und ineffizient. Die Förderung der Integration von behinderten Menschen ist eine nationale Aufgabe; das belegen sowohl die neue Bundesverfassung, als auch das Behindertengleichstellungsgesetz sowie die IV- und EL-Gesetzgebung. Durch die NFA sollen zentrale Bereiche des schweizerischen Sozialwesens vom Bund in die Verantwortung der Kantone verschoben werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Leistungen für Behinderte. Die mehr als 175'000 Unterschriften belegen es: die jetzige Vorlage wird es in der bevorstehenden Volksabstimmung schwer haben.

Klare Forderung - breiter Widerstand

Die IG SFA und mit ihr 178'000 Petitionäre wehren sich dagegen, dass die heutige Behindertenpolitik, welche sich seit Jahren bewährt hat, aus finanztechnischen Überlegungen aufs Spiel gesetzt wird. Sie fordern das Parlament auf, Vernunft walten zu lassen und in der bevorstehenden Sommersession die Invalidenversicherung und die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV aus der NFA zu streichen. Die IG SFA wehrt sich gegen eine Föderalismusreform auf Kosten behinderter Menschen. Sie verlangt eine Gleichbehandlung aller Menschen mit Behinderung in allen Teilen unseres Landes. Die behinderungs- und krankheitsbedingten Lebenskosten müssen weiterhin durch den Bund sichergestellt werden. Die Ergänzungsleistungen müssen Teil der 1. Säule bleiben. Die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals muss durch den Bund sichergestellt werden. Und auch der Anspruch behinderter Kinder auf Förderung und Schulung muss landesweit bestehen bleiben.

Die 178'000 Unterschriften beweisen es: die Interessen der Behinderten dürfen nicht ignoriert werden. Das Parlament tut gut daran, sich in der Sommersession noch einmal mit den Forderungen der behinderten Menschen im Detail und mit Engagement auseinanderzusetzen.